# Der junge Daniel, seine Gesetze und sein Projekt

Analyse der Regierungspolitik von Daniel Noboa zu Beginn seiner zweiten Amtszeit als Präsident Ecuadors.

Hrsg.: Regionalbüro Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela in Quito, Rosa-Luxemburg-Stiftung / 1.10.2025

Stalin Herrera

Daniel Noboa hat 100 Tage seiner zweiten Amtszeit als Präsident Ecuadors hinter sich. Als Sohn eines fünfmaligen Präsidentschaftskandidaten und eines der reichsten Männer Ecuadors, stellte er sich zunächst als junger Politiker mit einer erklärten Mitte-links-Ausrichtung dar, der die Spannungen zwischen Correismus und Anticorreismus (Bewegung des Ex-Präsidenten Rafael Correa) überwinden wolle. Doch schon kurz nach Antritt seiner ersten Amtszeit etablierte er eine autoritäre Regierung, die sich auf dem im Januar 2024 ausgerufenen „internen bewaffneten Konflikt“ stützte.

In einer Region, in der das Erstarken rechter Kräfte immer radikalere Züge annimmt, und in einem Land mit einer Tradition sozialer Mobilisierungen, die Projekte der Eliten immer wieder eindämmen konnten, schreitet die Umsetzung seines politischen Projekts nahezu ohne Widerstand voran. Das verlangt nach einer Analyse, die über die Schwächen der Opposition oder die Zersplitterung des progressiven Lagers hinausgeht und die Auswirkungen der Gewalt sowie die integrative Funktion der Kriegsrhetorik berücksichtigt.

Nach seinem zweiten Wahlsieg im April 2025 und seinem geschickten Vorgehen zur Erlangung einer parlamentarischen Mehrheit, hat seine Regierung fünf dringliche wirtschaftspolitische Gesetze von enormer Tragweite für das Land auf den Weg gebracht. Dieses Dokument soll eine politische Einordnung der jüngsten Maßnahmen der Regierung Noboa liefern — insbesondere dieser Gesetze.
Dafür ist es wichtig, einige Hintergründe zu beleuchten, um die Regierungspolitik und die Bedeutung ihrer „Gesetze” zu verstehen. Was will uns die Regierung mit diesen neuen Gesetzen eigentlich vermitteln?

Zunächst verlief der politische Aufstieg von Daniel Noboa rasant: Er trat 2017 als Abgeordneter der Provinz Santa Elena für die Bewegung *Ecuatoriano Unido* in die Politik ein — eine Partei, die vom Bruder des ehemaligen Präsidenten Lenín Moreno gegründet wurde (https:\\www.primicias.ec 14.10.2023).

Als Abgeordneter fiel er nicht besonders auf, doch 2023 nach der von Präsident Guillermo Lasso eingeleiteten *muerte cruzada*[1] wurde Daniel Noboa zur Überraschung des Wahlkampfs. Sein junges Alter von 36 Jahren und seine als „still“

[1] Anmerkung des Übersetzers: Bezeichnung für die zeitgleiche Amtsenthebung des Präsidenten Ecuadors und der Auflösung der Nationalversammlung

beschriebene Persönlichkeit ließen zunächst Zweifel an seiner Regierungsfähigkeit aufkommen.
Doch er gewann nicht nur zweimal gegen Luisa González, die Kandidatin der *Revolución Ciudadana*, sondern übertraf auch sämtliche Prognosen. Trotz seines neoliberalen Kurses, der augenscheinlich zu einer wachsenden Prekarisierung der Gesellschaft führt, erfreut er sich hoher Zustimmungswerte (55 % laut CEDATOS).

## Noboa und seine Regierung

Das prägendste Merkmal Daniel Noboas ist, dass er Erbe der Grupo Noboa ist, eines der bedeutendsten und einflussreichsten Wirtschaftskonglomerate in der ecuadorianischen Politik. Man könnte ihn als klaren Vertreter der Oligarchie bezeichnen. Doch diese Definition greift für den jungen Mann und sein Vermögen zu kurz.

Zunächst ist die Noboa-Gruppe schon lange keine Oligarchie im klassischen Sinne mehr, wie sie Andres Guerrero in *Los Oligarcas del Cacao* beschrieben hat. Heute handelt es sich um komplexe Wirtschaftskonglomerate. Anders als die klassischen Bourgeoisien mit klaren regionalen Verankerungen und nationalen Interessen, berechnete das Online PortalWochenzeitung *Primicias*, dass die Gruppe aus 169 Einheiten (natürlichen und juristischen Personen) besteht und Rang 19 unter den größten Wirtschaftskonglomeraten des Landes belegt. Sie ist die zweitgrößte Unternehmensgruppe mit den meisten Offshore-Strukturen – mit 25 Tochtergesellschaften in Panama, den Bahamas, den Britischen Jungferninseln und anderen Ländern (*primicias.ec*). Darüber hinaus zeigt Miño (2023) dass der Kern der Azin Noboa Familie ein Geflecht bildet, das mit nationalen, regionalen und globalen Unternehmen verbunden ist — eine Kapitalstruktur, die die klassische Annahme in Frage stellt, Bourgeoisien stünden für nationale Entwicklungsprojekte.

Diese enge Verflechtung der Eliten mit globalen Unternehmensnetzwerken verdeutlicht: Auch wenn Ecuador der geografische Mittelpunkt ihrer Akkumulation sein mag, verfügen sie über zahlreiche Instrumente, um Gewinne im Ausland zu maximieren – über Handelsnetzwerke, Märkte und Offshore-Finanzplätze.

Zweitens verkörpert Daniel Noboa die neue Generation der Eliten. Der Präsident studierte Öffentliche Verwaltung an der New York University sowie Public Policy an der Harvard Kennedy School und an der George Washington University (presidencia.gob.ec). Dies sind Bildungsstätten, die – wie Wright Mills (1956) beschreibt – das soziale und kulturelle Kapital der Eliten prägen, ihre ökonomischen Universen konsolidieren und die politischen und administrativen Funktionseliten breit vernetzen. Noboa junior hat also ein enormes Sozialkapital akkumuliert: Er greift die „oligarchische“ Familientradition auf, erneuert sie aber durch seine Ausbildung an international renommierten Institutionen – und gestaltet eine Regierung nach diesem Vorbild. Im ersten wie im zweiten Kabinett seiner Regierung sind nahezu alle Minister*nnen und Staatssekretär*nnen Unternehmer* innen, die an führenden Business Schools ausgebildet wurden. Viele sind eng mit den familiären und

wirtschaftlichen Netzwerken verbunden; ein kleinerer Teil stammt aus sekundären unternehmerischen Eliten (siehe Anhang).

Drittens wird häufig vom „Machtblock“ gesprochen, um die Verflechtung von Eliten, politischen Kräften und Medien in der Auseinandersetzung mit dem Progressismus zu beschreiben. Doch dieser Begriff ist zu einer Formel erstarrt und wird der neuen Realität der Eliten nicht mehr gerecht. Die Regierung Daniel Noboas hat es in ihren beiden Amtszeiten geschafft, eine unternehmerische Allianz zu schmieden. Im Zentrum der Regierung steht sein familiäres Umfeld, gefolgt von einem Netzwerk aktiver Unternehmer, die Anteile an oder Führungspositionen in Unternehmen aus den Bereichen Bauwesen, private Sicherheitsdienste, Bankwesen, Textil- und Kunststoffindustrie, Werbung, Beratung, Tourismus, Immobilien, Landwirtschaft und Obstexport innehaben.

Eine Analyse von *Primicias* (13.12.2023) ergab, dass im ersten Kabinett 24 von 35 Minister*nnen und Staatssekretär*nnen Anteile an insgesamt 95 Unternehmen hielten und dass mehrere weiterhin in deren Geschäftsleitungen vertreten sind. Unter den aktuellen Regierungsmitgliedern stechen drei Persönlichkeiten hervor: María José Pinto, Vizepräsidentin – deren Vater Mauricio Pinto  Minister für Industrie und Wirtschaft unter dem Präsidenten Sixto Durán Ballén (1992-96) und Eigentümer von Empresas Pinto war; Gabriela Sommerfeld, Außenministerin – deren Vater Patricio Sommerfeld im Waffenimport tätig ist; sowie Gian Carlo Loffredo, Verteidigungsminister – Ausbilder an der Israeli Tactical School.

| **Amt / Funktion in der Regierung** | **Wirtschaftliche Verflechtungen** |
|---|---|
| **Außenministerin**<br>Gabriela Sommerfeld | Gesellschafterin in der Werbe- und Immobilienbranche sowie frühere Unternehmerin im Luftfahrtsektor. Ihr Vater, Patricio Sommerfeld, ist Vertreter der Israel Aerospace Industries (IAI) und von Sikorsky International Operations in Ecuador – beides Rüstungsunternehmen, die Drohnen und Hubschrauber produzieren. Ecuador kaufte zwischen 2008 und 2009 Heron-Drohnen von IAI für 50 Mio. USD. Unter den Regierungen von Guillermo Lasso und Daniel Noboa hat Ecuador seine Rüstungsimporte von israelischen Firmen verdreifacht. |
| **Verteidigungsminister**<br>Gian Carlo Loffredo | Unternehmer im Bereich privater Sicherheitsdienste. Er fungiert als Ausbilder der Israeli Tactical School in Ecuador. Die Programme dieser Akademie wurden von ehemaligen Ausbildern des Shin Bet, des Mossad (israelische Geheimdienste) und der israelischen Spezialeinheiten entwickelt. Loffredo ist Ausbilder für Anti-Terrorismus (Stufe 5) und Lateinamerika-Koordinator dieser Akademie, was seine enge Verbindung zu israelischem Militärtraining verdeutlicht. |

| | |
|---|---|
| **Vizepräsidentin** (seit Mai 2025)<br>María José Pinto | Vertreterin der dritten Generation der Unternehmerfamilie Pinto (spezialisiert auf Kleidungs- und Textilproduktion), Enkelin des Industriellen Germánico Pinto. Ihr Vater, Mauricio Pinto, war Industrie- und Wirtschaftsminister in der Regierung von Sixto Durán Ballén und ist Eigentümer der Empresas Pinto, dem viertgrößten Textilunternehmen Ecuadors. María José Pinto ist Anteilseignerin dieses Unternehmens sowie weiterer Technologieunternehmen. |

Abschließend möchten wir betonen, dass wir, wenn wir vom jungen Noboa sprechen, eine direkte Verbindung zu den nationalen Eliten meinen – ehemals landbesitzende Oligarchien, die sich heute zu komplexen Wirtschaftskonglomeraten entwickelt haben –, die jedoch auf einem der modernsten Unternehmensnetzwerke des Landes fußt.

## Der autoritäre Kurs der Eliten

Im Jahr 2023 trat Daniel Noboa sein erstes Mandat mit einer versöhnlichen Haltung an, in der er sich zur Achtung der demokratischen Ordnung und der Ergebnisse von Volksabstimmungen bekannte. Doch schon bald verwandelte sich seine „demokratische" Haltung in eindeutig autoritäre Maßnahmen.

Im Januar 2024 wurde der nicht-internationale bewaffnete Konflikt ausgerufen, der als Rechtfertigung für den anhaltenden Ausnahmezustand und die Militarisierung dienen sollte. Während der 638 Tage seiner Amtszeit befand sich Ecuador 506 Tage lang im Ausnahmezustand (Primicias, 22.8.2025). Die Regierung setzte Rechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die Versammlungsfreiheit für fast ein Jahr außer Kraft, obwohl das Verfassungsgericht darauf hingewiesen hatte, dass eine solche Aussetzung nur temporär und ordnungsgemäß begründet erfolgen dürfe. Die Militarisierung der Gefängnisse und Patrouillen mit dem Militär wurden zum Alltag. Die Kriegsrhetorik diente als Begründung, die Mehrwertsteuer auf 15 % anzuheben und ein Referendum durchzusetzen, das Maßnahmen zur Arbeitsflexibilisierung und zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit beinhaltete. Die Regierung erhielt Zustimmung in neun von elf Fragen, — de facto eine Legitimation für die Militarisierung des Staatsgebiets, die Ausweitung polizeilicher Befugnisse, Auslieferungen und den Einsatz beschlagnahmter Waffen.

Ebenfalls im April desselben Jahres führte die Regierung eine beispiellose Aktion durch: Sie ließ die mexikanische Botschaft stürmen, um Jorge Glas, den ehemaligen Vizepräsidenten unter Rafael Correa (2007-2017), festzunehmen. Dieser hatte politisches Asyl erhalten und wartete auf ein sicheres Geleit. Der Vorfall führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Mexiko und wurde international als Verstoß gegen die Wiener Konvention verurteilt. Auf nationaler Ebene hatte er jedoch keine größeren politischen Kosten — vielmehr ermöglichte er Noboa, sich als wichtigster Gegner der *Revolución Ciudadana* zu positionieren und sich als

entschlossener Präsident ohne Skrupel darzustellen, der alles tut, um sein Projekt durchzusetzen.

Im Wahlkampf um seine Wiederwahl verstärkte er seinen Anticorreismus, indem er den Correismus mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung brachte. Der Wahlkampf war von zahlreichen Rechtsverstößen geprägt — angefangen mit der Weigerung des Präsidenten, sich wie vorgeschrieben für den Wahlkampf beurlauben zu lassen und das Amt an die Vizepräsidentin zu übergeben. Er nutzte staatliche Finanzen für seine Kampagne, und setzte auch seine Minister*nnen für den Wahlkampf ein. Schätzungen zufolge gab die Regierung in diesem kurzen Zeitraum über 512 Millionen USD in Form von Staatsanleihen aus. Im Wahlprozess wurden seine Kontrolle über und direkte Zusammenarbeit mit dem *CNE* (*Consejo Nacional Electoral,* Nationaler Wahlrat) und dem *TCE* (*Tribunal Contencioso Electoral,* Wahlstreitgericht) offensichtlich; er verschob die Spielregeln zu seinen Gunsten und es gab mehrere Hinweise auf Betrug.

Die Regierung gewann die Wahlen mit deutlichem Vorsprung und erreichte eine Parlamentsmehrheit, die traditionelle politische Verfahren aushebelte und sich zum Rückgrat ihres politischen Projekts entwickelte. In der neuen Amtszeit hat die Regierung ihren autoritären Kurs bekräftigt und sich noch stärker an der konservativen Agenda ------der Botschaft ausgerichtet. Dies zeigt sich nicht nur in Noboas öffentlicher Bewunderung für den Präsidenten von El Salvador, Bukele, den Fotos mit Milei (Argentinien) und Trump (USA) sowie seiner kritischen Haltung gegenüber Maduro (Venezuela) und Petro (Kolumbien).

In den ersten 100 Tagen seiner zweiten Amtszeit hat der Präsident drastische Maßnahmen ergriffen, die nicht nur zeigen, dass er den Staat abbauen will, sondern auch die dahinter liegenden Interessen offenlegen. So wurden 5.000 Staatsbedienstete entlassen, das Ministerium für Frauen und Menschenrechte abgeschafft, ebenso das Ministerium für Kultur und Kulturerbe (– im Einklang mit denregionalen Angriffen gegen feministische Bewegungen) und das Umweltministerium mit dem Bergbauministerium fusioniert, wodurch Umweltschutzbelange den Interessen der Rohstoffindustrie untergeordnet wurden. Außerdem entschied die Regierung, zwei Volksentscheide nicht umzusetzen, in denen die Bevölkerung mit großer Mehrheitfür das Verbot des Bergbaus in Quimsacocha und den Stopp der Erdölförderung im Yasuní gestimmt hatte.

Gleichzeitig gibt es mehrere Anschuldigungen und Beweise dafür, dass die Regierung ihre Position nutzt, um Interessen des privaten Kapitals zu fördern, das eng mit den Familiennetzwerken des Präsidenten verbunden ist. Einige Beispiele: Die Regierung begünstigte die Unternehmen von Noboas Tante bei Verträgen über Lebensmittel für Schulfrühstücke und von Ethanol; sie versuchte, seiner Ehefrau Umweltgenehmigungen für ein Immobilienprojekt in einem geschützten Mangrovengebiet in Olón zu erteilen; sein Bruder wurde wegen illegalen Treibstoffhandels angezeigt; Noboa nutzte sein Amt, um seinem Vater den *Orden Nacional al Mérito en el grado de Gran Cruz* (staatlicher Verdienstorden höchster Stufe) zu verleihen; seine Bananenexportfirma *Noboa Trader* wurde nach Drogenfunden in ihren Containern angezeigt; seine Familie wurde mit

Bergbauunternehmen und -interessen in Verbindung gebracht; und kürzlich entfernte er Panama – wo er Offshore-Unternehmen besitzt – von der Liste der Steueroasen.

Zugleich nutzt Noboa seine Popularität und die Parlamentsmehrheit, um Gesetze durchzusetzen, die die privaten Interessen seiner Unternehmensnetzwerke stärkt.

## Gesetzgeberische Gewalt

Die neue Mehrheit in der Nationalversammlung – zustande gekommen auch durch Abgeordnete anderer Fraktionen, die sich kurz nach Amtsantritt der Regierung der Mehrheitsseite anschlossen – sowie eine willkürliche Auslegung oder Missachtung geltender Rechtsnormen haben es dem Präsidenten ermöglicht, fünf dringliche wirtschaftspolitische Gesetze durchzusetzen, deren Form und Inhalt scharf kritisiert wurden: das Gesetz zur Nationalen Solidarität, das Gesetz zur Sozialen Transparenz, das Gesetz über Integrität im öffentlichen Dienst, das Gesetz zum Schutz von Schutzgebieten sowie das Nachrichtendienstgesetz.

Der erste Kritikpunkt richtet sich gegen das Instrument der „dringlichen wirtschaftspolitischen Gesetze“, das ursprünglich als Ausnahmeverfahren geschaffen wurde, sich jedoch zu einer systematischen Praxis entwickelt hat, um die demokratische Debatte zu umgehen. Dieses Verfahren, das die parlamentarische Beratung auf 30 Tage beschränkt, verhindert eine sachgerechte fachliche Prüfung und eine eingehende Diskussion von Gesetzesvorlagen, die eine Vielzahl unterschiedlicher Themen behandeln. Aufgrund der hohen Geschwindigkeit dieses Verfahrens bemängeln zivilgesellschaftliche Organisationen, dass der Bevölkerung die Möglichkeit zur Mitwirkung entzogen wird; faktisch wird auf Anweisung der Exekutive blind abgestimmt. Hinzu kommt die Kritik an kurzfristigen Änderungen der zur Abstimmung vorgelegten Texte, sodass die Opposition nach eigenen Angaben nicht verlässlich über deren Inhalt informiert ist.

Die Regierung hat bereits fünf Gesetze nach diesem Verfahren verabschiedet, wobei sie sogar neue Projekte einbrachte, bevor das vorherige abgeschlossen war – ein Vorgehen, das laut Verfassung nur in Ausnahmezuständen zulässig ist. Die ständige Berufung auf den Ausnahmezustand, um diese Gesetze zu verabschieden, untergräbt nicht nur die Debattenkultur der Nationalversammlung, sondern auch die Transparenz und Bürgerbeteiligung. Sie offenbart ein klares Demokratiedefizit in der Regierungsführung.

Ein zweiter Kritikpunkt an den fünf von der Regierung Daniel Noboa verabschiedeten Gesetzen ist die fehlende Einheit der Materie. Die Gesetzesentwürfe entsprechen nicht ihrer Bezeichnung als ausschließlich „wirtschaftliche“ Gesetze, sondern behandeln eine Vielzahl von Themen ohne klaren Zusammenhang.

Dieser Mangel an thematischer Kohärenz ist offensichtlich, jedoch strategisch kalkuliert. Nach einer Auswertung des Nachrichtenportals Primicias (13.7.2025)umfassen die im Gesetz zur Nationalen Solidarität, im

Nachrichtendienstgesetz, im Gesetz über Integrität im öffentlichen Dienst sowie in den laufenden Projekten zu Wahlrechtsreformen und zum Ausbau von Schutzgebieten enthaltenen Änderungen insgesamt 275 Modifikationen an 31 Rechtsvorschriften.
Besonders häufig wurden dabei das Demokratiegesetz, das Gesetz über das nationale öffentliche Beschaffungswesen, das Gesetz über den öffentlichen Dienst, das Währungs- und Finanzgesetz, das umfassende Strafgesetzbuch (COIP), das Gesetz zur Prävention von Geldwäsche sowie das Gesetz über die Justizorganisation geändert.

Neben den allgemeinen Kritikpunkten werden zudem spezifische Einwände gegen jedes dieser Gesetze erhoben, da sie Reformen enthalten, die mit den in der Verfassung der Republik und im internationalen Recht garantierten Grundrechten unvereinbar sind.

## Gesetz zur Nationalen Solidarität

Dies war das erste Gesetz, das verabschiedet wurde. Sein Hauptzweck lag nicht im Bereich der Wirtschaftspolitik, sondern in der Regelung des bislang nicht offiziell anerkannten inneren bewaffneten Konflikts. Im August 2024 ermahnte das Gericht den Präsidenten wegen seiner wiederholten Versuche, einen „bewaffneten Konflikt“ auszurufen, ohne die vom Gericht mehrfach festgelegten Kriterien nachzuweisen.

Darüber hinaus definiert das Gesetz die „organisierten bewaffneten Gruppen“ in einer Weise, die mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar ist. Insbesondere Artikel 9, der „organisierte bewaffnete Gruppen“ als „jede strukturierte Gruppierung von drei oder mehr Personen mit einer organisierten Machtstruktur, die anhaltende Gewalt gegen Staat, Bevölkerung und zivile Güter ausübt“ definiert. Der Bezug auf „drei oder mehr Personen“ entspricht nicht der Definition in den Genfer Konventionen und dem Zusatzprotokoll II zu den Genfer Konventionen, die einen „höheren Organisationsgrad“ voraussetzen, damit eine Gruppe als solche und nicht bloß als kriminelle Gruppe gilt. Dieser Unterschied ist von großer Bedeutung, da er die rechtlichen Reaktionsmöglichkeiten bestimmt: Wenn wir kriminelle Gruppen als organisierte bewaffnete Gruppen verstehen, dürfen die Streitkräfte die im humanitären Völkerrecht vorgesehenen Kampfregeln anwenden, obwohl die objektiven Voraussetzungen dafür nicht erfüllt sind – was das Risiko von Menschenrechtsverletzungen erheblich erhöht (Human Rights Watch).

Das organische Gesetz zur Nationalen Solidarität definiert zudem sehr weit gefasst, was als militärisches Ziel gilt, das heißt, was gemäß humanitärem Völkerrecht legitim angegriffen werden darf. Dies ermöglicht den unrechtmäßigen Einsatz militärischer Gewalt gegen Zivilpersonen und zivile Güter, einschließlich Einrichtungen des Freiheitsentzugs (Art. 20).

Ein besonders umstrittener Punkt ist Artikel 14, der das Konzept der „aufschiebend wirkenden Begnadigung” einführt. Nach der breiten Ablehnung der vorzeitigen Begnadigung ermöglicht diese neue Fassung dem Präsidenten, Mitglieder der

Sicherheitskräfte zu begnadigen, gegen die „wegen Handlungen im direkten Zusammenhang mit diesem bewaffneten Konflikt" ermittelt wird. Dieser Mechanismus, der mit „humanitären Gründen oder außergewöhnlichem öffentlichen Interesse" begründet wird, sieht vor, dass die Begnadigung „aufgeschoben" wird, was bedeutet, dass die Ermittlungen und Verurteilungen nicht eingestellt werden, die Begünstigten jedoch von der Vollstreckung ihrer Strafen befreit werden. Dies steht in direktem Widerspruch zu Artikel 233 der Verfassung, wonach „kein öffentlich Bediensteter von der Verantwortung für Amtshandlungen befreit werden kann". Darüber hinaus hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte betont, dass die Strafvollstreckung ein wesentlicher Bestandteil des Rechts der Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen auf Zugang zur Justiz ist.

Zwar schließt das Gesetz bestimmte Verbrechen wie Folter, gewaltsames Verschwindenlassen, Entführung und politisch motivierte Morde von der Begnadigung aus, nicht jedoch andere schwere Menschenrechtsverletzungen wie außergerichtliche Hinrichtungen, grausame und unmenschliche Behandlung oder den übermäßigen Einsatz von Gewalt.

Angesichts der Ereignisse im Dezember 2024 — dem gewaltsamen Verschwindenlassen und anschließenden Tod von vier Kindern aus Las Malvinas, einem Stadtteil von Guayaquil, die zuletzt in der Gewalt einer Militäreinheit gesehen wurden — scheint diese gesetzliche Bestimmung darauf ausgerichtet zu sein, die Straffreiheit in solchen Fällen zu ermöglichen.

Kritisiert wird auch, dass das Gesetz ein System der „steuerbegünstigten Spenden" etabliert: Privatpersonen können Immobilien, Ausrüstung oder Vorräte an Sicherheitskräfte spenden und erhalten dafür einen Abzug bei der Einkommensteuer. Dadurch wird nicht nur die staatliche Steuerbasis geschwächt, sondern auch die Budgethoheit des Staates untergraben, der seine Mittel nach objektivem Bedarf und nicht nach den Entscheidungen einzelner Spender verteilen sollte.

Die Vorschriften sehen außerdem vor, dass von bewaffneten Gruppen beschlagnahmte Güter von den Sicherheitskräften in Besitz genommen und binnen 15 Tagen an den Staat übertragen werden können. Diese Regelung erschwert die Ermittlung und Rückverfolgung von Waffen erheblich, da dieselben Waffen sowohl von Kriminellen als auch von Sicherheitskräften benutzt werden könnten.

Schließlich verleiht das Gesetz dem Präsidenten außergewöhnliche Befugnisse, die in der Praxis über der Verfassung und den Menschenrechten stehen. Es schafft einen neuen Rechtsrahmen, der es dem Präsidenten ermöglicht, bestimmte Verfassungsrechte auszusetzen, ohne die in der Verfassung vorgesehenen Voraussetzungen und Verfahren für den Ausnahmezustand einzuhalten (PBP).

| Dringliche wirtschaftspolitische Gesetze | Gesetz zur Nationalen Solidarität | Nachrichtendienstgesetz | Gesetz zur öffentlichen Integrität | Schutzgebiete-Gesetz | Gesetz zur sozialen Transparenz |
|---|---|---|---|---|---|
| Formelle Ziele | Mittelbeschaffung für den inneren bewaffneten Konflikt und die Wirtschaftskrise. | Modernisierung und Stärkung des Nachrichtendienstsystems des Staates zur Bewältigung nationaler Sicherheitsbedrohungen. | Bekämpfung der Korruption, Stärkung des öffentlichen Sektors und Verbesserung des Verwaltungsmanagements. | Stärkung des Nationalen Systems der Schutzgebiete (SNAP) und Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit. | Bekämpfung der Korruption, Förderung der Transparenz und Verschärfung der Sanktionen für Korruptionsdelikte. |
| Kritik durch Akteure | 1. Einstufung als „bewaffneter Konflikt" ohne Zustimmung des Verfassungsgerichts.<br>2. Weit gefasste Definition von „organisierten bewaffneten Gruppen", die gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt.<br>3. Einführung des Konzepts der „aufgeschobenen Begnadigung" für Ordnungskräfte, was die Straflosigkeit begünstigt.<br>4. Regressive Steuer, die die Mittelschicht belastet, und Spenden von Privatpersonen im Austausch gegen Steuererleichterungen. | 1. Das Gesetz verletzt das Recht auf Privatsphäre, indem es das Abhören von Kommunikationen ohne richterliche Anordnung erlaubt.<br>2. Vage Definitionen von „Bedrohung", die die Kriminalisierung sozialer Proteste ermöglichen.<br>3. Übertragung operativer Befugnisse an den Nachrichtendienst ohne institutionelle Kontrollmechanismen.<br>4. Vereinbarungen mit ausländischen Agenturen wie Palantir, die die technologische Souveränität gefährden. | 1. Mangelnde Einheit der Materie mit mehr als 30 reformierten Rechtsvorschriften.<br>2. Bestimmungen ermöglichen fristlose Entlassungen von Staatsbediensteten.<br>3. Verpflichtung der Spar- und Kreditgenossenschaften, sich in Banken umzuwandeln.<br>4. Verschärfung der Strafen für Minderjährige.<br>5. Erlass von Steuerschulden für große Wirtschaftskonzerne. | 1. Verstößt gegen den Grundsatz der Einheit der Materie, indem Gesetze wie das Mobilitätsgesetz und das Steuergesetz reformiert werden.<br>2. Missachtung des Rechts der indigenen Völker auf vorherige, freie und informierte Konsultation.<br>3. Risiko der Privatisierung und Öffnung für extraktive Investitionen unter dem Vorwand der Entwicklung. | 1. Verstoß gegen den Grundsatz der Einheit der Materie.<br>2. Ausweitung der Kontroll-, Prüfungs- und Liquidationsbefugnisse der SEPS über soziale Organisationen, Gewerkschaften und NGOs, wodurch die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit eingeschränkt wird.<br>3. Einführung einer Steuer auf nicht ausgeschüttete Gewinne sowie Möglichkeit des Schuldenerlasses gegenüber dem IESS. |
| Politische Intention der Regierung | Militarisierung der öffentlichen Sicherheit und Machtkonzentration in der Exekutive, wobei der bewaffnete Konflikt zur Rechtfertigung außergewöhnlicher und autoritärer Maßnahmen herangezogen wird. | Aufbau eines Nachrichtendienstapparates im Dienste der Exekutive mit Befugnissen zur sozialen Kontrolle, politischen Verfolgung und Überwachung ohne Rechenschaftspflicht. | Darstellung einer effizienten, meritokratischen Regierung. Erleichterung der Umstrukturierung der Staatsbürokratie und Begünstigung bestimmter Unternehmensgruppen durch steuerliche Vorteile. | Vermittlung des Bildes einer Regierung, die sich dem Umweltschutz verpflichtet fühlt, obwohl öffentlich-private Verwaltungsmodelle ermöglicht und die Souveränität indigener Territorien untergraben werden. | Darstellung als Regierung, die konsequent gegen Korruption vorgeht, um Legitimität und öffentliche Unterstützung zu gewinnen. |
| Auswirkungen des Gesetzes auf die Gesellschaft | Potentielle Verletzung von Menschenrechten und Förderung der Straflosigkeit der Ordnungskräfte. Zusätzliche Steuerbelastung für die Gesellschaft. | Ausweitung der Überwachungsbefugnisse des Staates, Verletzung bürgerlicher Grundrechte und Kriminalisierung sozialer Organisationen. | Zunahme der Arbeitsplatzunsicherheit im öffentlichen Sektor, Gefahr von Massenentlassungen. Schwächung der Sozialversicherung durch Schuldenerlass. Eingriff in das Genossenschaftswesen und Verschärfung des Jugendstrafrechts. | Einschränkung der Autonomie indigener Gebiete. Langfristige Umweltgefahren durch potenziellen Einstieg der Extraktionsindustrie. | Potenzielle Einschränkung der Vereinigungs- und Meinungsfreiheit. Risiko der Verfolgung kritischer Organisationen. Schwächung des IESS. |

## Nachrichtendienstgesetz und Gesetz über Spionageabwehr in Ecuador (September 2025)

In ähnlicher Weise löste das Nachrichtendienstgesetz große Besorgnis unter zivilgesellschaftlichen Organisationen, oppositionellen Abgeordneten und Menschenrechtsaktivist*nnen aus. Unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit schafft das Gesetz ein äußerst permissives und undurchsichtiges Regelwerk, das politische Verfolgungen, innerstaatliche Spionage und eine Schwächung der Demokratie ermöglicht. Die vagen und mehrdeutigen Definitionen, die es einführt – insbesondere hinsichtlich dessen, was als „Bedrohung" für den Staat gilt –, lassen willkürliche Auslegungen zu, die dazu genutzt werden könnten, soziale Proteste oder politische Opposition zu kriminalisieren.

Einer der umstrittensten Punkte ist die Zulassung von Kommunikationsüberwachung ohne richterliche Anordnung, allein mit Zustimmung des Geheimdienstchefs. Zudem gestattet das Gesetz die Erhebung personenbezogener Daten ohne vorherige Benachrichtigung, den uneingeschränkten Zugriff auf private Informationen sowie den Einsatz von Methoden wie fiktive Identitäten und sozialer Mimikry, wodurch die Infiltration von sozialen Bewegungen, indigenen Organisationen, Gewerkschaften oder Kulturkollektiven de facto legalisiert wird. Diese Praktiken unterliegen einer umfassenden Geheimhaltungspflicht, ohne klar geregelte Verfahren zur Deklassifizierung von Informationen, was eine effektive Kontrolle durch Öffentlichkeit oder Institutionen ausschließt (GK 13.07.2025).

Der jüngste Fall der illegalen Überwachung von Leonidas Iza, Präsident des Dachverbandes der indigenen Bewegungen, CONAIE, veranschaulicht konkret die Gefahren dieser Gesetzgebung. Im August 2025 nahmen Mitglieder der Gemeinde San Ignacio in Cotopaxi verdeckt operierende Ermittler fest, die Iza filmten und schikanierten. Bei der Durchsuchung der beschlagnahmten Telefone wurden Tausende von Chats und Dokumenten entdeckt, die ein Überwachungsnetzwerk offenbarten, das sogar digitale Medien als Tarnung nutzte, um soziale Organisationen auszuspionieren. Unter dem Material befand sich ein Dokument mit dem Logo der regierungsnahen Bewegung ADN, Kopien des Nachrichtendienstgesetzes und Nachrichten mit abfälligen Bemerkungen und verdeckten Drohungen gegen Iza (Radio Pichincha 19.8.2025). All dies geschah noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, was ernsthafte Zweifel an seiner Rechtmäßigkeit und dem eigentlichen Ziel seiner Einführung aufwirft.

Darüber hinaus überträgt das Gesetz dem Nachrichtendienst operative Funktionen, die aufgrund ihrer Natur den Streitkräften oder der Nationalpolizei vorbehalten sein sollten. Damit wird er zu einer hybriden Struktur ohne angemessene institutionelle Kontrollmechanismen. Die Ausgaben für den Nachrichtendienst werden beispielsweise nur von der Rechnungsprüfungsbehörde geprüft und anschließend vernichtet, wodurch jede künftigen Kontrollen ausgeschlossen werden. Artikel 44, der Beziehungen zu ausländischen Behörden vorsieht, sowie die jüngste Ansiedlung des Unternehmens Palantir – das mit Militäroperationen und Massenüberwachung

in Israel in Verbindung gebracht wird – verstärken die Bedenken hinsichtlich einer potenziellen Abtretung der technologischen und institutionellen Souveränität (Primicias 29.05.2025).

Letztendlich erweitert dieses Gesetz nicht nur die Befugnisse der Exekutive über die Nachrichtendienste, sondern schafft auch einen Rechtsrahmen, der die Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen, unkontrollierte Überwachung und die systematische Aushöhlung der Grundrechte begünstigt. Mit ungenauen Definitionen und mangelnder Rechenschaftspflicht wird ein Nachrichtendienstapparat aufgebaut, der eher auf soziale Kontrolle als auf den Schutz der öffentlichen Sicherheit ausgerichtet ist. Anstatt die Demokratie zu stärken, stellt das Nachrichtendienstgesetz einen besorgniserregenden Rückschritt in Bezug auf bürgerliche Freiheiten, Transparenz und Teilhabe dar.

## Gesetz zur öffentlichen Integrität Ecuadors (Juni 2025)

Dieses Gesetz wurde als Maßnahme zur Bekämpfung von Korruption und zur Stärkung des öffentlichen Sektors vorgestellt. Derzeit jedoch gibt es 26 Verfassungsbeschwerden sowie 20 Amicus-Curiae-Stellungnahmen, die sich sowohl für als auch gegen den Gesetzestext aussprechen.

Das Gesetz ändert mehr als 30 Rechtsakte und enthält Bestimmungen mit strafrechtlicher, steuerrechtlicher und arbeitsrechtlicher Relevanz. Damit verstößt es gegen das vom Verfassungsgericht in früheren Entscheidungen bekräftigte Gebot der Sachzusammenhangs (principio de conexidad) und der Normenkohärenz, die sicherstellen sollen, dass Reformen thematisch und systematisch miteinander verknüpft sind.

Zudem wurde kritisiert, dass bestimmte Regelungen „durch die Hintertür“ eingefügt wurden und dass die Plenarabstimmung ohne Vorlage der endgültigen, tatsächlich verabschiedeten Texte stattfand.

## Klagen:

Die Lehrendengewerkschaft *Unión Nacional de Educadores en Ecuador* (UNE) wies darauf hin, dass das Gesetz vorsieht, dass Minderjährige ihre Haftstrafe in Einrichtungen für Erwachsene verbüßen müssen. Durch die Reform des Organischen Gesetzes über den öffentlichen Dienst (Losep) in den Artikeln 30, 44, 58, 80, 81 und 89 wird der Weg dafür geebnet, dass Staatsbedienstete kurzfristig entlassen werden können. Diese Veränderungen im öffentlichen Dienst stellen eine Verletzung der erworbenen Rechte der Staatsbediensteten dar; würden Prekarisierung und Verletzlichkeit erzeugen und administrative Willkür sowie Ermessensüberschreitungen Vorschub leisten. Marcela Arellano, Präsidentin des Gewerkschaftsbundes *Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres* (Ceosl), erklärte, dass das Gesetz zur öffentlichen Integrität „in Wirklichkeit ein Projekt zur politischen Kontrolle, Prekarisierung des öffentlichen Dienstes und

zur Kriminalisierung von Gewerkschaftsführungen verschleiert". So sah das Gesetz ursprünglich die Abschaffung der Abfindung für den freiwilligen Ruhestand zwischen 60 und 65 Jahren vor. Doch die Regierungspartei nahm diese Bestimmung zurück, als die Gewerkschaften mit Mobilisierungen drohten.

Der Genossenschaftsverband Asofipse reichte eine Klage beim Verfassungsgericht gegen die Bestimmung ein, wonach Genossenschaften in Banken umgewandelt werden sollen. In der elften Übergangsbestimmung des neuen Gesetzes ist festgelegt, dass die Finanz- und Währungsaufsichtsbehörde innerhalb von drei Monaten nach Durchführung einer Analyse der Verflechtungen und des systemischen Risikos Vorschriften erlassen muss, anhand derer ermittelt werden kann, welche Genossenschaften in Banken umgewandelt werden müssen.

Damit untergräbt das Gesetz die Logik des Genossenschaftswesens und des Systems der Volks- und Solidarwirtschaft und verstößt gegen Artikel 321 der Verfassung, der den Staat verpflichtet, das Genossenschaftseigentum als legitime Form der wirtschaftlichen und sozialen Organisation zu garantieren. Übergangsbestimmungen oder Reformen, die deren Autonomie, Wachstum oder Zugang zu Entwicklungsmöglichkeiten einschränken, dürfen dem nicht widersprechen.

Darüber hinaus enthält das Gesetz Änderungen am Kinder- und Jugendgesetz, die die Strafen für Minderjährige verschärfen. Laut Menschenrechtsorganisationen verstößt diese Maßnahme gegen internationale Übereinkommen und könnte die Krise des Strafvollzugssystems weiter verschärfen (Human Rights Watch, 2025)
Schließlich sieht die dreizehnte Übergangsbestimmung des Gesetzes einen Erlass von Zinsen, Geldbußen, Verfahrenskosten und Zuschlägen für teilweise oder vollständig beglichene Steuerschulden vor, die bis zum 31. Dezember 2024 entstanden sind. Diese Bestimmung wurde gezielt auf die bestehenden Verbindlichkeiten der Noboa-Gruppe gegenüber der Steuerbehörde SRI zugeschnitten.

## Organisches Gesetz zur Stärkung der Schutzgebiete (Juli 2025)

Das erklärte Ziel des Gesetzes ist es, das Nationale System der Schutzgebiete (SNAP) zu stärken und die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. Mit lediglich acht Artikeln greift es jedoch auf Übergangsregelungen zurück, um das Gesetz über menschliche Mobilität (Migration), das Gesetz über das nationale Steuersystem sowie Bestimmungen zum Schuldenerlass gegenüber der *Corporación Financiera Nacional* (CFN) zu ändern (Youtopia Ecuador, 2025).

Indigene Organisationen wie die *Federación de Organizaciones Indígenas y Campesinas de la Amazonía* (FOA) und Organisationen wie *Amazon Frontlines* und die *Alianza por los Derechos Humanos* haben sich gegen das Gesetz ausgesprochen. Nach Ansicht indigener Vertreter und Umweltorganisationen ignoriert das neue Gesetz das Recht auf vorherige, freie und informierte Konsultation, das für Völker und Nationalitäten in ihren angestammten Gebieten von

wesentlicher Bedeutung ist. Darüber hinaus überträgt das Gesetz die Normsetzungsbefugnis auf die Exekutive, ohne eine demokratische Beteiligung oder die Anerkennung der Selbstverwaltung sicherzustellen. Das Gesetz widerspricht außerdem mindestens 15 internationalen Instrumenten, darunter dem ILO 169, der Deklaration der Rechte indigener Völker der Vereinten Nationen und dem Abkommen von Escazú. (Ecuador Chequea, 8. Juli 2025; Business & Human Rights Resource Centre 2025, 11. Juli)

Obwohl das Gesetz die Privatisierung der Schutzgebiete ausdrücklich verbietet, äußerten Kritiker*nnen und Umweltorganisationen die Befürchtung, dass es den Weg für private Investitionen und extraktivistische Aktivitäten ebnen könnte. Unter dem Vorwand der „Förderung der lokalen Entwicklung“ könnten groß angelegte Tourismusprojekte oder sogar Bergbau- und Erdölförderungsprojekte erleichtert werden (Acción Ecológica, 18. Juni 2025).

## Gesetz über soziale Transparenz und Korruptionsbekämpfung (August 2025)

Der Gesetzentwurf wurde mit dem Ziel vorgelegt, Korruption zu bekämpfen und Transparenz zu fördern. Dies soll durch die Schaffung eines Systems sozialer Transparenz erreicht werden: ein öffentliches System zur Überwachung und Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel; eidesstattliche Vermögenserklärungen; Verschärfung der Strafen; ein lebenslanges Verbot der Ausübung öffentlicher Ämter für Personen, die wegen Korruption verurteilt wurden; sowie Mechanismen zum Schutz von Hinweisgebern.

Eine der zentralen und häufig wiederholten Kritiken lautet jedoch, dass das Gesetz gegen den Grundsatz der Einheit der Materie verstößt. Es enthält mehrere Bestimmungen, die in keinem direkten Zusammenhang mit der Korruptionsbekämpfung stehen.

Das Gesetz gewährt der SEPS (*Superintendencia de Economía Popular y Solidaria,* Aufsichtsbehörde für Volks- und Solidarwirtschaft) weitreichende Befugnisse zur Kontrolle, Prüfung, Intervention und sogar Auflösung von sozialen Organisationen, Gewerkschaften und NGOs. Diese werden verpflichtet, detaillierte und nach Ansicht der Kritiker unverhältnismäßige Informationen über ihre Finanzierung, Spender und Aktivitäten offenzulegen.

Damit wird das Gesetz zu einem Instrument politischer Kontrolle und der Verfolgung von Organisationen; es beeinträchtigt die Vereinigungsfreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Darüber hinaus überschneiden sich die neuen Kontrollmechanismen mit den Zuständigkeiten der Generalstaatsanwaltschaft und der UAFE (*Unidad de Análisis Financiero y Económico,* Einheit für Finanz- und Wirtschaftsanalyse), wodurch Kompetenzüberschneidungen und mögliche Machtkonflikte entstehen (Fundación Ciudadanía y Desarrollo und Fundamedios, Pressemitteilung, 2024).

Ferner führt das Gesetz eine Steuer auf nicht ausgeschüttete Unternehmensgewinne ein, was als Doppelbesteuerung gilt. Zudem erlaubt es den Erlass von Schulden von Unternehmen in Liquidation gegenüber dem Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social (IESS), was die Sozialversicherungsfonds gefährden könnte. Es handelt sich hierbei um eine Institution und einen Fonds, die gemäß Artikel 372 der Verfassung autonom und vom Staat unabhängig sind. Dieser Artikel verbietet ausdrücklich jede staatliche Verfügung über die Mittel und Rücklagen oder eine Beeinträchtigung des Vermögens des IESS.

Darüber hinaus sieht das Gesetz mehrere Änderungen am sogenannten Gesetz zur Prävention von Geldwäsche vor, das im Juli 2024 in der vorherigen Legislaturperiode verabschiedet wurde und im Juli 2025 in Kraft trat.
In groben Zügen lassen sich diese Reformen in drei Hauptbereiche einteilen: die Verschärfung einer repressiven Politik mit autoritärem Kontrollcharakter; die Vertiefung des extraktivistischen Modells und der Prekarisierung der Arbeit, sowie die Legitimierung der Steuer- und Abgabenhinterziehung zugunsten der Eliten und die Unterwerfung der Volkswirtschaft unter die Finanzlogiken der Eliten.

Am Ende dieses kurzen Überblicks und nach der Ordnung der obigen Matrix lässt sich feststellen, dass zwar jedes einzelne dieser Gesetze eine intensive Debatte zwischen sozialen Organisationen und der Regierung auslöste, diese sich jedoch nicht in den traditionellen Kommunikationskanälen oder Medien widerfand. Die verfassungsrechtlichen Klagen und Anzeigen fanden jedoch Widerhall beim Verfassungsgericht. Dennoch zeigt die Regierung im September 2025 große politische Vitalität, genießt weiterhin ein hohes Maß an Zustimmung für ihre Amtsführung, versucht die Straßen für sich zu beanspruchen, hat mehrere Referenden eingeleitet, mobilisiert ihre Mehrheit in der Nationalversammlung, stärkt ihren Polizei- und Militärapparat und behält die politische Initiative.

## Handeln des Verfassungsgerichts

Die Gesetzespakete wurden ohne wesentliche parlamentarische Debatte verabschiedet. Die Regierungsmehrheit kam durch die Beteiligung mehrerer Abgeordneter zustande, die ihre Parteien (RC- Correistas, PK – indigene Partei, PSC traditionelle rechte Partei) verlassen oder ihnen zuwidergehandelt hatten. Die Kritik sozialer Organisationen wurde nicht berücksichtigt oder explizit ausgeschlossen. Das Ergebnis dieser Dynamik war, dass sich das Verfassungsgericht – obwohl es in der Vergangenheit vielfach kritisiert wurde – zur letzten institutionellen Schutzinstanz entwickelte.

Das Gericht ordnete die einstweilige Außerkraftsetzung der Artikel 6, 9, 13 und 14 des Organischen Gesetzes über nationale Solidarität an. Es nahm zudem weitere Klagen auf Verfassungswidrigkeit gegen das Organische Gesetz über öffentliche Integrität an und stellte klar, dass diese Entscheidungen Teil des Verfahrens der Zulässigkeitsprüfung von Verfassungsbeschwerden sowie der Aussetzung von Vorschriften sind, die auf den ersten Blick Grundrechte beeinträchtigen könnten. Die Kammer für Zulässigkeitsprüfung stellte fest, dass die Kläger „die konkreten,

unmittelbaren und schwerwiegenden Auswirkungen“ der Anwendung dieser Bestimmungen hinreichend begründet hätten, unter anderem auf: die Unabhängigkeit der Justiz, das Legalitätsprinzip, den Zugang zur Justiz, die staatliche Verpflichtung zur Ermittlung und Ahndung besonders schwerer Straftaten sowie die Rechte der Opfer und ihrer Angehörigen.

Im Fall des Gesetzes über nationale Solidarität fasste das Verfassungsgericht fünf der sechs eingereichten Bürgerrechtsklagen zusammen. Diese Klagen wurden von Personengruppen, Einzelpersonen und Organisationen wie der *Fundación Regional de Asesoría de Derechos Humanos* (Inredh), der Anwaltskammer von Pichincha und dem Anwaltsverband Ecuadors eingereicht.

Hinsichtlich des Nachrichtendienstgesetzes fasste das Gericht zwei der vier eingereichten Klagen zusammen. Die Klageschriften wurden unter anderem von Gewerkschaften wie der *Frente Unitario de Trabajadores* (Einheitsfront der Arbeit*nnen) und der *Unión Nacional de Educadores* (Nationaler Lehrer*nnenverband), von Menschenrechtsstiftungen, einer Gruppe von Bürger*nnen sowie vom Menschenrechtszentrum der Päpstlichen Katholischen Universität Ecuadors eingereicht.

In diesem Fall stoppte das Gericht Artikel wie den über Sonderausgaben und die Vernichtung ihrer Belege, die doppelte Identität von Agenten, die Möglichkeit zur Anforderung von Informationen bei Telefonanbietern ohne richterlichen Beschluss sowie das Abfangen von Dokumenten oder Kommunikationen ohne richterliche Anordnung. Als Reaktion auf das Handeln des Verfassungsgerichts startete die Regierung eine Diffamierungskampagne zur Delegitimierung der Richter*nnen. Sie beschuldigt die Richter*nnen der Kollaboration mit kriminellen Banden, machte sie für die Gewalt verantwortlich, organisierte Massendemonstrationen vor dem Gericht, ließ Plakatwände mit ihren Gesichtern aufstellen. In den traditionellen Medien wiederholen Moderator*nnen und prominente Interviewgäste die Regierungsbotschaft, und in den sozialen Netzwerken wimmelt es von Hassbotschaften. Während Regierung, regierungstreue Medien und Intellektuelle das Verfassungsgericht belagern und versuchen, es mundtot zu machen, fordern mehrere zivilgesellschaftliche Akteure, dass das Gericht seiner verfassungsrechtlichen Funktion nachkommt. Mit anderen Worten: Das Verfassungsgericht hat sich zu einem umkämpften Raum, einer „letzten Bastion“ der demokratischen Institutionen entwickelt.

## Schlussfolgerungen

Ein erster wesentlicher Punkt ist, dass die Regierung eine konservative und gewaltförmige Regierungsdynamik in der Gesellschaft etabliert hat. Wir halten es für wichtig, die gesetzgeberische Flut in diesem Kontext der Gewalt zu betrachten, die sich zwar in einen traditionellen neoliberalen Horizont einfügt, jedoch darüber hinausgehen will. Es handelt sich um einen blutigen, unvermittelten Neoliberalismus, der systematisch und kalkuliert den Staat demontiert und eine zunehmende Prekarisierung der Gesellschaft hervorruft. In diesem Kontext zielen die

verschiedenen Gesetzesinitiativen darauf ab, die Akkumulationslogik der Eliten zu legitimieren und zu legalisieren.

Dieser Prozess, der die Netzwerke und die Komplizenschaft der Medien nutzt, hat die Erklärung des „inneren bewaffneten Konflikts“ und die wiederholte Verhängung von Ausnahmezuständen zu einer politisch äußerst effizienten Strategie gemacht: Es ist das zentrale Argument, das die Gewalt, mit der gehandelt wird, rechtfertigt und, mit dem die Gegner – in diesem Fall die Partei des Ex-Präsidenten Rafael Correa RC und die sozialen Bewegungen – delegitimiert werden.

Der zentrale Punkt der Debatte ist die Frage, ob Daniel Noboa lediglich eine politische Erscheinung von vorübergehender Dauer ist oder ob sein Projekt dauerhaft Bestand haben wird. Wir würden es lieber als eine politische Übergangserscheinung ansehen, die sich ändern könnte, sofern oppositionelle Akteure – insbesondere RC und die sozialen Bewegungen – Wege finden, die Regierungsstrategie einzudämmen.

Zugleich zeigt Noboa, dass er mehr ist als nur der „Erbe der Oligarchie“. Seine Person, sein Kabinett und sein Bündnis mit den Eliten – wobei auffällt, dass es keine ökonomischen Eliten gibt, die eine sichtbare Opposition artikuliert haben – verfolgen kein gesellschaftliches Projekt. Vielmehr dient der Staat als Instrument der Vermögensakkumulation, was jede Vorstellung von Demokratie unterminiert .

Die Gewalt, mit der die Regierung agiert, und das neue normative Regime, das sie zu etablieren sucht, zielen darauf ab, das Gewaltregime zu formalisieren und zu legalisieren. Dabei geht es nicht nur darum, eigene Interessen und die der Verbündeten zu begünstigen (wie Zinssenkungen, Schuldenerlasse und millionenschwere Verträge), sondern auch um die Deregulierung des Umwelt- und Arbeitsrechts und um die Konsolidierung eines Kontroll- und Einflussregimes über die demokratische Gesellschaft.

Quellen:


Acción Ecológica. (2025, junio 18). Ley de Recuperación de Áreas Protegidas: ¿Recuperación para qué? *Acción Ecológica*. https://www.accionecologica.org/alerta-proyecto-de-ley-de-recuperacion-de- areas-protegidas/

Business & Human Rights Resource Centre. (2025, julio 11). Ecuador: Asamblea Nacional aprueba Ley de Áreas Protegidas; organizaciones indígenas presentarán acción de inconstitucionalidad. *Business & Human Rights Resource Centre*. https://www.business-humanrights.org/es/%C3%BAltimas-noticias/ecuador- asamblea-nacional-aprueba-ley-de-%C3%A1reas-protegidas-organizaciones- ind%C3%ADgenas-presentar%C3%A1n-acci%C3%B3n-de-inconstitucionalidad/

Ecuador Chequea. (2025, julio 8). ¿Cuáles son los riesgos del proyecto de Ley de Áreas Protegidas? *Ecuador Chequea*. https://ecuadorchequea.com/cuales-son-los- riesgos-del-proyecto-de-ley-de-areas-protegidas/

Expreso, 26/02/2025. "¿De qué se trata el caso Petronoboa que salpica al hermano de Daniel Noboa?". https://www.expreso.ec/actualidad/trata-caso-petronoboa-salpica-hermano-daniel-noboa-233044.html?utm_source=chatgpt.com

El País, 09/05/2024. "La esposa del presidente Daniel Noboa planea construir un resort de lujo en un bosque protegido". https://elpais.com/america/2024-05-09/la-esposa-de-daniel-noboa-planea-construir-un-resort-de-lujo-en-un-bosque-protegido.html?utm_source=chatgpt.com

Fundación Aldea. (2025, julio 8). Los TICCA expresamos RECHAZO TOTAL a la ley de Áreas Protegidas en el Ecuador. *Fundación Aldea*. https://www.fundacionaldea.org/redticcaec/leyareasprotegidas

GK 13/07/2025 "Ley de Inteligencia en Ecuador: ¿espionaje o seguridad del Estado?.https://gk.city/2025/06/13/ley-inteligencia-ecuador-espionaje-seguridad-estado/

Human Rights Watch. (2025). Amicus curiae de Human Rights Watch sobre la Ley Orgánica de Solidaridad Nacional. *Human Rights Watch*. https://www.hrw.org/es/news/2025/08/20/ecuador-amicus-de-human-rights-watch-sobre-ley-organica-de-solidaridad-nacional

Human Rights Watch. (2025). Ecuador: Ley de Integridad Pública pone en peligro a los niños. *Human Rights Watch*. https://www.hrw.org/es/news/2025/06/27/ecuador- ley-de-integridad-publica-pone-en-peligro-a-los-ninos

Muñoz Miño, Fernando. 2023. "País de Parientes". Informa Ec. https://n9.cl/ux2dl.

Pérez Bustamante & Ponce, 2025. "Ley Orgánica de Solidaridad Nacional: los puntos clave". https://www.pbplaw.com/publicaciones/ley-organica-de-solidaridad-nacional-los-puntos-clave/

Presidente de la República del Ecuador. 23/11/2023. https://www.presidencia.gob.ec/presidente-de-la-republica-del-

ecuador/#:~:text=El%20Presidente%20de%20la%20Rep%C3%BAblica%2C,de%20la%20Am%C3%A9rica%20Latina%20contempor%C3%A1nea

Primicias 14/10/2023 "Daniel Noboa, de asambleísta debutante a presidenciable en segunda vuelta" https://www.primicias.ec/noticias/elecciones-presidenciales-2023/daniel-noboa-candidato-adn-presidente-asambleista/

Primicias 13/12/2023. "Así va el gabinete del presidente Daniel Noboa; sigue la deuda en seguridad" https://www.primicias.ec/noticias/politica/gabinete-ministerial-daniel-noboa-ecuador/

Primicias 17/06/2024 "Un fino hilo une a familiares de Daniel Noboa con empresa proveedora de desayunos escolares". https://www.primicias.ec/noticias/sociedad/conexiones-familiares-daniel-noboa-grupo-desayunos-escolares/"

Primicias 09/10/2024. "El presidente Daniel Noboa condecora a su padre Álvaro Noboa en la sesión solemne por el 9 de Octubre". https://www.primicias.ec/politica/presidente-daniel-noboa-condecora-padre-sesion-solemne-9-octubre-80878/

Primicias 29/05/2025. "Cómo trabaja Palantir, empresa contratada por Ecuador para gestión de aduanas y una de las favoritas de Trump". https://www.primicias.ec/politica/palantir-inteligencia-artifical-aduana-senae-cnt-trump-bin-laden-97342/

Primicias 03/07/2025. "Unidad Popular dice que Ley de Integridad Pública es un 'revoltijo' y pide a la Corte suspender la norma". https://www.primicias.ec/politica/unidad-popular-demanda-ley-integridad-publica-corte-constitucional-99868/

Primicias 13/07/2025. Con cinco leyes tramitadas, el oficialismo hizo 275 modificaciones en 31 leyes." https://www.primicias.ec/politica/daniel-noboa-ejecutivo-legislativo-adn-paquete-reformas-leyes-100455/

Primicias 22/08/2025. "En los 638 días de gestión de Daniel Noboa, Ecuador lleva 506 días bajo estado de excepción... y contando". https://www.primicias.ec/politica/ecuador-dias-estado-excepcion-gobierno-daniel-noboa-103397/

Primicias 2025. Unidad Popular dice que Ley de Integridad Pública es un 'revoltijo' y pide a la Corte suspender la norma. *Primicias*. https://www.primicias.ec/politica/unidad-popular-demanda-ley-integridad- publica-corte-constitucional-99868/

Radio Pichincha 21/08/2024. "En solo 50 minutos, Petroecuador adjudicó millonario contrato a empresa vinculada con Noboa". https://www.radiopichincha.com/petroecuador-millonario-contrato-empresa-tia-daniel-noboa/?utm_source=chatgpt.com

Radio Pichincha 19/08/2025. "Policía usaba el nombre de "Cuy" para identificar a Leonidas Iza, según chats publicados por el MICC". https://www.radiopichincha.com/policia-cuy-leonidas-iza-chats-micc/

Swissinfo.ch 16/08/2025. Ecuador confirma salida de Panamá de su lista de paraísos fiscales, tras acuerdo bilateral. https://www.swissinfo.ch/spa/ecuador-confirma-salida-de-panam%C3%A1-de-su-lista-de-para%C3%ADsos-fiscales%2C-tras-acuerdo-bilateral/89843943

Vistazo 27/03/2025¿Qué hay de cierto en las denuncias que vinculan a Noboa Trading con supuesto narcotráfico?. https://planv.com.ec/historias/politica/que-hay-de-cierto-en-las-denuncias-que-vinculan-a-noboa-trading-con-supuesto-narcotrafico/

Wambra 15/04/2025. "Expansión de la mega minería y el vínculo con la familia Noboa". https://wambra.ec/expansion-mega-mineria-vinculo-con-familia-noboa/

Youtopia Ecuador. (2025, julio 14). Ley de Áreas Protegidas entra en vigencia e incorpora temas ajenos a su propósito. *Youtopia Ecuador*. https://youtopiaecuador.com/ley-areas-protegidas-regresion-derechos- naturaleza-ecuador/

Wright Mills 1956. The Power Elite. Oxford University Press

WWF Ecuador. (2025, junio 19). Postura de WWF Ecuador ante la Propuesta de Ley Orgánica de Recuperación de Áreas Protegidas y Promoción del Desarrollo Local en Ecuador. *WWF Ecuador*. https://www.wwf.org.ec/?395698/Postura- de-WWF-Ecuador-ante-la-Propuesta-de-Ley-Organica-de-Recuperacion-de- reas-Protegidas-y-Promocion-del-Desarrollo-Local-en-Ecuador

## Anhang 1

### Ministerkabinett und unternehmerische Verbindungen

| Kabinett | Minister/in | Verbindungen/Unternehmensbeteiligungen |
|---|---|---|
| 1° und 2° | Franklin Palacios (Landwirtschaft und Viehzucht) | Aktionär in 17 Unternehmen (davon 4 liquidiert): Landwirtschaft, Fruchtexport, Kartonagen, Zollwesen, Kunststoffe. Gilt laut Analyse von PRIMICIAS als der Minister mit der größten privaten Beteiligung im Kabinett. |

| Kabinett | Minister/in | Verbindungen/Unternehmensbeteiligungen |
|---|---|---|
| 1° und 2° | Gabriela Sommerfeld (Auswärtige Beziehungen und menschliche Mobilität) | Beteiligungen an 8 Unternehmen (davon 4 liquidiert). Frühere Tätigkeit in Vorständen der Tourismus-/Handelsbranche; geschäftsführende Tätigkeiten bei Fluggesellschaften; Projekte im Bereich erneuerbare Energien. |
| 1° | Michele Sensi-Contugi (Regierung, zuvor CIES) | Alleinaktionär und Geschäftsführer von *Senco* (Kautschuk/Kunststoff) und *Sensistudio* (Großhandel); Aktionär/Geschäftsführer von *Prolab-Biotechnology*; frühere Führungspositionen bei *Morelight*, *Sensistudio*, *Senco* und *Prolab*. |
| 1° (und erweiterte Netzwerke 2°) | Roberto Luque (Verkehr und öffentliche Arbeiten; später Energie, „Superminister") | Verbindung zu *Vinazin S.A.* (Unternehmen von Lavinia Valbonesi): vor seiner Ernennung als Minister mit der Durchführbarkeitsstudie für ein Immobilienprojekt beauftragt (Beziehung Unternehmen–Beamte); umfangreiche private Laufbahn im Ingenieurwesen. |

| Kabinett | Minister/in | Verbindungen/Unternehmensbeteiligungen |
|---|---|---|
| 1° | Sonsoles García (Produktion/Außenhandel) | Langjährige Führungserfahrung und Mitgliedschaft in Unternehmensvorständen; herausragende Rolle in der Geschäftsführung. *PRIMICIAS* dokumentiert ihren Rücktritt 2024 und berichtete umfassend über ihre Amtszeit. |
| 1° zu 2° | Luis Alberto Jaramillo (Produktion, Nachfolger von García) | „Herausragende Laufbahn im Unternehmenssektor“ (offizieller Text laut *PRIMICIAS*). Zuvor Leiter des Nationalen Zolldienstes; laut politischer Berichterstattung enge Verbindungen zum wirtschaftlichen Zirkel der Regierung. |
| 2° | Jhon Reimberg (Inneres) | Berufslaufbahn in der Privatwirtschaft (Sicherheits- und Transportsektor), von anderen Medien dokumentiert. PRIMICIAS führt ihn als Mitglied von Delegationen und Teil der Sicherheits- bzw. außenpolitischen Agenda. |

| Kabinett | Minister/in | Verbindungen/Unternehmensbeteiligungen |
|---|---|---|
| 1° und 2° | María José Pinto (Technisches Sekretariat „Crecemos sin desnutrición“ 2023–2024 / Vizepräsidentin ab 24. Mai 2025) | Erfahrung im familieneigenen Textilunternehmen (Leitung der Innovationsabteilung; Positionen in Einkauf, Vertrieb, Produktion). Aufgabe der Posten im Unternehmen zugunsten öffentlicher Funktionen und Wahlkampfarbeit. Profil und Unternehmensgeschichte ausführlich dokumentiert von *PRIMICIAS*. |
| Vermögenslage des Kabinetts (struktureller Kontext) | | Gesamtvermögen der führenden Regierungsmitglieder: 41 Mio. USD (28 Profile, 29 Immobilien und 28 Fahrzeuge). |
| Gesamtbild (Interessenkonflikt) | | 24 von 35 Ministern/Staatssekretären halten Anteile an 95 Unternehmen; die Hälfte hat derzeit Führungspositionen in 20 Firmen inne; Palacios und Sommerfeld stechen durch die Anzahl ihrer Unternehmensbeteiligungen besonders hervor. |